



Ende November hatte das Kollegium der Friedrich-Bergius-Schule in einem Brandbrief von aggressivem Verhalten der Schülerschaft berichtet.

Bergius-Schule Elternvertreter wirft Behörden Untätigkeit vor

Von Margarethe Gallersdörfer

Die Gesamtelternvertretung der Friedrich-Bergius-Schule in Friedenau lässt nicht locker: Der Vorsitzende, Andreas Thewalt, hat am Dienstagabend im Schulausschuss der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg ein Schreiben vorgelegt. Darin wirft er Schulverwaltung und vor allem der regionalen Schulaufsicht vor, angesichts der Probleme an der Schule untätig zu bleiben – und zu versuchen, der Schulleitung und dem Kollegium die Schuld zuzuschieben.

Wie berichtet, hatte das Kollegium der Friedrich-Bergius-Schule Ende November einen Brandbrief verfasst, in dem von schweren Disziplin-Problemen und aggressivem Verhalten der Schülerschaft berichtet und die Hilfe der Behörden gefordert wurde. CDU-Schulsenatorin Katharina Günther-Wünsch hatte die Schule daraufhin besucht und unter anderem personelle Verstärkung versprochen.

„Konkrete und greifbare Ergebnisse gibt es bisher leider nicht“, heißt es in dem Schreiben, das Thewalt nun vor dem Bezirksschulausschuss vorlegte. „Von Seiten der Schulbürokratie ins Gespräch gebrachte Maßnahmen (u.a. Clearing-Gespräche für Schulleitung und Schulrätin, Supervision für Lehrkräfte, nicht näher definierte Beratung durch externe Schulleiter, die niemand erbeten hat) lösen keines der vom Schulkollegium präzise benannten Probleme.“ Er habe den Eindruck, dass die Schulverwaltung „einen beachtlichen Teil ihrer Arbeitsenergie auf den Versuch verwendet nachzuweisen, dass sie alles richtig macht und die in der Schule viel zu viel falsch“.

Die zentrale Forderung des Gesamtelternvertreters: Die Forderungen, die das Kollegium der Bergius-Schule in ihrem ursprüng-

”
Von Seiten der Schulbürokratie ins Gespräch gebrachte Maßnahmen lösen keines der vom Schulkollegium präzise benannten Probleme.

Andreas Thewalt,
 Vorsitzender der Gesamtelternvertretung der Friedrich-Bergius-Schule

lichen Brief gestellt hat, müssten gemeinsam mit allen Beteiligten besprochen und ihre Umsetzbarkeit abgeklappt werden. „Es gibt zwischen Schulleitung, Schulkollegium, Elternschaft und Schülerschaft bisher leider keinen gemeinsamen, konstruktiven Austausch mit der Schulaufsicht oder mit dem Schulträger, keine gemeinsamen Gespräche über denkbare konkrete Schritte und Maßnahmen zur Verbesserung der Lage an der Bergius-Schule“, heißt es.

Zumindest Letzteres könnte sich aber demnächst ändern: Der Leiter der regionalen Schulaufsicht, Matthias Goldbeck-Löwe, berichtete im Schulausschuss, man habe darum gebeten, die Steuergruppe der Bergius-Schule zu aktivieren. Ein Terminangebot werde innerhalb von zwei Wochen erwartet. Steuergruppen sind im Berliner Schulsystem beratende Gremien an den Schulen, die sich um die Schulentwicklung kümmern. Sie setzen sich üblicherweise aus Mitgliedern der Schüler- und Elternschaft sowie des Kollegiums und der Schulleitung zusammen.

Keine Bewegung in Sachen Sporthalle und Pfortner

Goldbeck-Löwe teilte im Ausschuss außerdem mit, dass ab dem 1. Februar eine Verwaltungsleitung mit einem Deputat von 15 Wochenstunden an der Schule arbeiten soll, umgesetzt aus dem Bezirk Mitte. Dies sei „bereits seit einiger Zeit im Geschäftsgang“ gewesen.

Gerade bei den zwei Punkten, die dem Schulpersonal und den Elternvertretern am wichtigsten sind, hatte Goldbeck-Löwe aber nicht die erhofften Neuigkeiten: Die Kapazitäten der zur Verfügung stehenden Sporthallen seien „mehrfach geprüft“ worden und erfüllten nach Ansicht von Schulamt und Schulaufsicht die Erfordernisse eines ge-

schlechtergetrennten Unterrichts. Auch der Pfortner, den Lehrer und Eltern sich wünschen, um Schüler am unerlaubten Verlassen des Schulgeländes zu hindern, soll nach jetzigem Stand wohl nicht kommen. Die Beaufsichtigung obliege alleine den Lehrkräften, erklärte Schulaufsichtsleiter Goldbeck-Löwe im Ausschuss.

Elternvertreter Thewalt nennt in seinem Schreiben außerdem mehrere Beispiele, wie die Behörden die Bergius-Schule nicht unterstützt oder Entscheidungen an der Schule untergraben hätten. Unter anderem habe die Schulaufsicht verhindert, dass die Festlegung von Deutsch als Umgangssprache in die Schulordnung aufgenommen wurde, schildert der Elternvertreter.

Mehrfach habe er erlebt, dass die Schulaufsicht die Umsetzung von verhaltensauffälligen Schülern nicht genehmigt habe. „Damit richtet die Schulaufsicht immensen Schaden an. Sie desavouiert alle Lehrkräfte, die an einem solchen Beschluss mitwirken, den sich niemand leicht macht und der am Ende und nicht am Anfang einer im Schulgesetz niedergelegten Reihe von möglichen Ordnungsmaßnahmen steht“, schreibt Thewalt. Er kritisiert zudem, dass das bezirkliche Jugendamt auf 64 Schulver-säumnis- und Folgeanzeigen im vergangenen Schuljahr nur einmal Rückmeldung gegeben habe.

Außerdem berichtet Thewalt von einem Fall, in dem die Berliner Polizei durch Achtlosigkeit eine Lehrerin in Gefahr gebracht haben soll. Nachdem ein Schüler die Frau als „Hure“ beschimpft habe, erstattete diese Anzeige. Statt wie in solchen Fällen üblich, habe die Polizei als Ladungsanschrift nicht die Schuladresse, sondern die private Wohnanschrift der Frau angegeben – was die Lehrerin in Angst vor möglichen Racheaktionen versetzt habe.